

Hauptversammlung und Corporate Governance

**Symposium: Wissenschaft und Praxis im Austausch
über aktuelle Herausforderungen
am 7. Februar 2014**



These:

Das Auskunftsrecht der Aktionäre und die Aktionärsklage haben im Rahmen "guter Corporate Governance" nicht den ihnen gebührenden Stellenwert.

Themen des Vortrags:

- Die Rolle der Hauptversammlung im Corporate Governance-System - Darstellung der aktuellen Rechtslage
- Verbesserung der Corporate Governance durch Stärkung
 - des Frage- und Auskunftsrechts und
 - der Aktionärsklage



■ Die Rolle der Hauptversammlung im Corporate Governance–System

Die aktuelle Rechtslage:

- Frage- und Auskunftsrecht der Aktionäre nach § 131 AktG
 - Auskunftserzwingungsverfahren nach § 132 AktG:
 - **Rechtsfolge:** Auskunftserteilung, aber kein taugliches Instrument zur Erreichung „guter Corporate Governance“
 - Beschlussanfechtungsklage nach § 246 AktG:
 - **Rechtsfolge:** Nichtigkeit des Beschlusses (§ 241 Nr.5 AktG), aber Einschränkung durch Freigabeverfahren nach § 246a AktG; Bedeutung für „gute Corporate Governance“ fraglich



➤ Geltendmachung von Ersatzansprüchen aus der Geschäftsführung gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat

- Beschlussfassung der Hauptversammlung zur Bestellung von Sonderprüfern gem. § 142 AktG
- Beschlussfassung der Hauptversammlung nach § 147 AktG
 - Bestellung besonderer Vertreter nach § 147 II AktG
- Antrag zur Beschlussfassung nach § 122 AktG
- Aktionärsklage nach § 148 AktG

➔ **Problem:** hohe formale und materielle Anforderungen, unter anderem:

- Mindestquorum
- Nachweis des vorherigen Erwerbs der Aktien



■ **Verbesserung der Corporate Governance**

➤ **Stärkung des Frage- und Auskunftsrechts durch**

- Streichung der formalen Anforderungen im Freigabeverfahren für den beschlussanfechtenden Aktionär
 - Nachweis des Vorbesitzes durch Urkunde binnen einer Woche nach Zustellung des Freigabeanspruchs der Gesellschaft
 - Mindestquorum von 1.000 Euro am Grundkapital

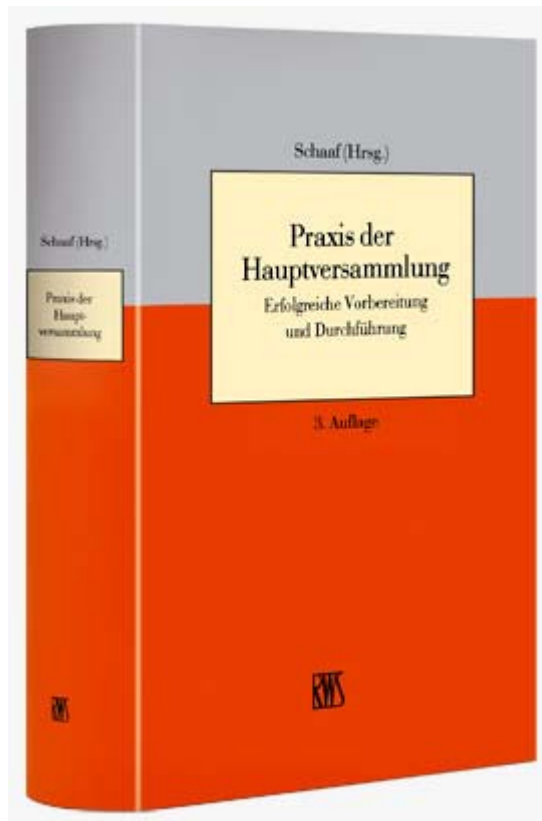
➔ **Auswirkungen:**

- Beseitigung formaler Hürden, die eine effektive Kontrolle der Geschäftsleitung behindern
- Entscheidung im Freigabeverfahren nur noch auf Basis der vorgebrachten Anfechtungsgründe sowie einer Nachteilsabwägung
- Offenlegung von Klage (§ 246 IV AktG) sowie Klagebeendigung (§ 248 a AktG) schützt ausreichend vor Missbrauch



- **Verbesserung der Corporate Governance**
 - **Stärkung der Aktionärsklage durch**
 - Streichung des Quorums und damit einhergehend
 - Wegfall des Vorbesitzerfordernisses
 - ➔ **Auswirkungen:**
 - Disziplinierung der Geschäftsleitung
 - Missbrauchsrisiko nur gering, da Schadensersatz ausschließlich zu Gunsten der Gesellschaft





Veröffentlichungen - Auswahl:

- Schaaf (Hrsg.) Praxis der Hauptversammlung, 3.Aufl. 2011

Teil C: Einberufung der Hauptversammlung und Mitteilungspflichten inkl. Muster

Teil H: Rechtsstreitigkeiten

- Kurzkommentar zu BGH, Urteil vom 8.2.2011 - II ZR 206/08 - Keine hilfsweise Erledigungserklärung im aktienrechtlichen Anfechtungsprozess nach Bestätigungsbeschluss („Wella“), in EWIR 2011, 443 zu § 244 AktG 1/11
- Kurzkommentar zu OLG München, Beschluss vom 10.04.2013 - 7 AktG 1/13 - Zum Freigabeverfahren bezüglich Abspaltungs- und Übernahmebeschluss ("Siemens/Osram"), in: EWiR 2013, 563 zu § 125 UmwG 1/13